

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Vertrieb: Gammelsdorf 25 24 1
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden bei täglich zweimaliger Zeitung monatlich M. 36.--, über durch die
Post bei täglich zweimaliger Zeitung monatlich M. 36.--
Die 11. Auflage 22 zum breiten Teile M. 7.--, außerhalb Sachsens M. 8.--, Familien-
anzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsanzeigen, 11. Auflage 10.-- und Der-
schiffe die Seite M. 3.--, Bezugsgebühren laut Tarif, Sonntags- und Feiertags-
Bezugsgebühren, Einzelnummer M. 2.--, Sonntagsausgabe M. 2.50

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:
Maximilianstraße 33/40.
Druck: Verlag von Neff & Neumann in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersollte Schriftstücke werden nicht anbewahrt.

Senkingherde
ESCH - Dauerbrandöfen
Alleinverkauf:
Inhaber:
Chr. Garms w. Eckardt Gr. Zwingerstr. 13
Fernspr. 16252 Nähe Postplatz
Fachgeschäft für transportable Herde und Öfen

Konditorei Limberg
Prager Straße 10
Eis — Eisgetränke

Sportgeräte für Tennis
Krocket, Fußball, Hockey, Schlagball, Turnen usw., vornehmlich erste Fabrikate
Faltboote, beste Konstruktion, E. D. F. W.
B. A. Müller, Prager Str. 32.
Deutschlands größtes Spielwarenhaus.

Annahme der Getreideumlage im Reichstag.

Das Kompromiß über den Umlagepreis.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 30. Juni. Der Reichstag hat heute den Ver-
antwortung über die Getreideumlage gegen die Stim-
men der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und
der Kommunisten in zweiter Lesung angenommen,
nachdem es heute in interfraktionellen Besprechungen zu
einem Kompromiß der Regierungsparteien gekommen war.
Man hat sich dahin verständigt, den Preis für Roggen auf
6000 Mark festzusetzen, für Weizen auf 7400 Mark die
Tonne. Es sind drei Lieferungsstermine vorgesehen. Von
Termin zu Termin soll, falls dies erforderlich
ist, eine neue Steigerung des Preises er-
folgen. Landwirtschaftliche Betriebe können bis mehr
als zwei Hektar Getreideumlage abgabefrei bleiben.
(Der Reichstagsbericht befindet sich auf Seite 2.)

Die Modalitäten der Zwangsanleihe.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 30. Juni. Der Reichstagsausschuß der Zwangs-
anleihe soll gemäß den Beratungen des Unterausschusses be-
tragen:

- für im Juli 1922 gezeichnete Zwangsanleihe 97 Proz. des Nennwertes;
 - für die im August und September gezeichnete 98 Proz.;
 - für im Oktober und November gezeichnete 100 Proz.;
 - für im Dezember gezeichnete 101 Proz.;
 - für im Januar 1923 gezeichnete 102 Proz.;
 - für im Februar gezeichnete 103 Proz.;
 - und vom 1. März 1923 ab 104 Proz. des Nennwertes.
- Jeder Zeichnungspflichtige kann vom 1. Juli ab
Zwangsanleihe zeichnen und einzahlen. Der Zeichnung-
pflichtige hat gleichzeitig mit der Abgabe der Vermögens-
erklärung, spätestens aber bis zum 28. Februar zwei
Drittel des gemäß der Paragraphen 9 bis 11 zu errechnen-
den Zwangsanleihebetrages bei dem vom Reichsminister
bestimmten Annahmestellen im Voraus zu zeichnen. Der Vor-
auszeichnung ist das in der Vermögenserklärung abgegebene
Vermögen zugrunde zu legen. Uebersteigt das für die end-
gültige Zeichnung zugrunde gelegte Vermögen das Ver-
mögen, das sich aus der Vorzeichnung ergibt, um mehr als
ein Viertel, so erhöht sich die Zeichnungspflicht.
Die Erhöhung beträgt: wenn das endgültige Vermögen
nicht mehr als das Anderthalbfache des vorläufigen Ver-
mögens beträgt, 28 Prozent;
mehr als das Anderthalbfache, aber nicht mehr als das
Zweifache des vorläufigen Vermögens, 30 Prozent;
mehr als das Zweifache, aber nicht mehr als das Drei-
fache, 40 Prozent;
mehr als das Dreifache, aber nicht mehr als das Vier-
fache, 50 Prozent;
mehr als das Vierfache des vorläufigen Vermögens
50 Prozent des Unterschiedsbetrages zwischen dem voraus-
gezeichneten Zwangsanleihebetrage und zwei Drittel des
endgültig zu zeichnenden Zwangsanleihebetrages.

Französisch-deutscher Zusammenstoß in Oberschlesien.

Oppeln, 30. Juni. In Hindenburg fanden
gestern abend innerhalb der Stadt zwischen 6 und 8 Uhr
heftige Schießereien zwischen Franzosen und
Deutschen statt. Nach den bisherigen Meldungen sind
auf deutscher Seite 17 Tote, darunter auch
Frauen und Kinder, zu verzeichnen, anßerdem
17 Verwundete, von denen einige sehr schwere Ver-
letzungen erlitten haben. Unter den Verwundeten befinden
sich auch zwei deutsche Krankenschwestern, die
verletzt und den Verletzten zu helfen. Nach den vorliegenden
Meldungen schoben die französischen Truppen blindlings in
die Menge hinein. Soweit bisher bekannt, sind auf fran-
zösischer Seite ein Toter und drei Verwun-
dete geblieben. Aus den deutschbleibenden Teilen Ober-
schlesiens, die zurzeit noch der Regierungsgewalt der Inter-
alliierten Kommission unterstehen, insbesondere auch Niebo-
rowitz und Pilschowitz, werden Vorhölle und Anschläge pol-
nischer Bänder gemeldet, die aus dem von Polen besetzten
Gebiet kommen sind. (W. T. B.)

Heuten, 30. Juni. Infolge der gestrigen Zu-
sammenstöße ist der Belagerungsstand verschärft worden.
Die Vorkas müssen um 7 Uhr schließen, die Straßen um
8 Uhr geräumt sein. (W. T. B.)

Poincarés Liste von neuen Erpressungsmitteln.

Paris, 30. Juni. In der gestrigen Sitzung des Senats
führte Ministerpräsident Poincaré über die Reparations-
frage u. a. aus: Heute hat Deutschland Reformen, Steuern,
eine Zwangsanleihe und Kontrollmaßnahmen versprochen.
Wenn es sie nicht in der versprochenen Frist durchführt,
muss es dazu gezwungen werden. Im Hinblick auf diese unglück-
licherweise nicht unwahrscheinliche Möglichkeit, von der ich
hoffe, daß sie nicht eintreten wird, haben wir
gewisse Zwangsmaßnahmen erlassen und ein ganzes
Enkete von Pländern anberaumt,
die ausgebeutet werden können, studiert, so die eventuelle
Anodehung der Befragung, wenn es notwendig
wäre, eine Abgabe für die Kapitalisten der Banken, der in-
dustriellen Gesellschaften, Steuern auf die Kohle und den
Export, die Einziehung der Steuern, die Ausbeutung der
Wälder u. a. Aber so ausgebeutet diese Funktionen auch sein
mögen, sie werden die Frage nicht ganz lösen. Sie werden
zweifellos ein Druckmittel und für Deutschland eine fühl-
bare Behinderung sein, die es zwingen könnte, weniger
schlechten Willen bei Ausführung des Vertrages zu zeigen.
Aber keine dieser Maßnahmen dürfte der Klasse der Militer-
summen ausreichen, die denen gleich sind, die der Ab-
fertigung von London festgesetzt habe. Die zuständigen
Ministerien haben die Frage genau geprüft.

Reichstagsauflösung?

Ueber dem furchtbaren Mord an Rathenau beginnt es
doch der unermüdlichen und ständigen Aufklärungsarbeit
unserer Polizeibehörden Licht zu werden. Eine weitverbreitete
Mordorganisation ist festgestellt worden, einer der Täter be-
findet sich in Genabrim, die anderen dürften nach den Ver-
sicherungen der zuständigen Stellen ihrem verdienten Schick-
sal kaum entrinnen. Man wäre zu der Annahme berechtigt
gewesen, daß diese wider Erwarten schnell wirksame Maß-
nahmen der Behörden ihren wohltuenden Einfluß auf die erregten
Gemüter und die unerträgliche interpolitische Spannung
ausüben würde. Wenn davon bisher so gut wie nichts zu
verfügen ist, so fällt die Schuld dafür auf die sozialistischen
Parteien und ihre Presse, die seit dem Tage des Mordes un-
unterbrochen die gesamte bürgerlich-kapitalistische Welt-
anschauung und ihre Träger in einer bisher noch nicht da-
gewesenen Weise mit eifrigem Unrat überhäuft haben.
Die Stimmung der sozialistischen Massen hat unter dem Ein-
fluß der verzerrten Agitation der Linkspresse eine Auf-
spaltung erfahren, die sich an verschiedenen Punkten des
Reiches in tiefbedauerlichen Ausbreitungen gegen wohllos
herausgelesene Vertreter des Bürgertums Luft machte. Was
aber nutzt dies über die Massen gespannte Gemütsver-
fassung des Anhangs der sozialistischen Parteien, wenn für
sie daraus nicht praktisch und auf die Dauer bedeutungsvolle
Partei im staatspolitischen Leben geschaffen werden? Das
ist die Frage, die Fraktionen und Führer von links in
diesen Tagen nachdenklich macht. Stimmungen verrathen,
die Massen beruhigen sich, der Abbruch der Ausbreitungen
bemüht sich allmählich auch ihrer. Wenn aber diese Ent-
wicklung zur Vernunft Fortschritte gemacht hat, dann ist für
die sozialistische Parteipolitik nicht mehr viel zu gewinnen.
Denn weniger denn früher. Waren doch Beweise dafür im
Reich vorhanden, daß man in Deutschland nach vier Renou-
vationsjahren allmählich wieder in breiten Kreisen zur
Einsicht kam, wie wenig praktische Erfolge die sozialistische
Ideologie zu verschaffen vermochte, eine Aufwärtsbewegung,
die von links durch die agitatorische Ausbreitung der Er-
störung Rathenaus gegen die Reichsparteien und die von
ihnen vertretenen bürgerliche Weltanschauung aufzuhalten
werden sollte und vielleicht auch zeitweise aufschalten
werden ist. Ist es verwunderlich, wenn die Linke angesichts dieser
Lage die Gelegenheit zu einer anderen Zusammen-
stellung des Reichstages, in der sie die Ueberlegen-
heit gewinnen zu können vermeint, nicht ungenutzt lassen
will? „Die sozialistischen Parteien sind beide der Ueber-
zeugung“, so schreibt eine politische Korrespondenz, „daß es
eine günstigere Wahlparole als gegen den politischen
Mordmord nicht wieder geben kann.“ Was sein, daß diese
Behauptung in Anbetracht einer gewissen Kategorie von
Wählern, die heute noch auf hohle Schlagworte herabfällt,
nicht aller Berechtigung entbehrt. Die überwältigende
Mehrheit des bürgerlichen Anhangs, die von der Linksp-
resse getriebenen agitatorischen Mißbrauch mit der Er-
störung Rathenaus durchschaut, wird sich in der Abgabe
ihrer Stimme nicht irre machen lassen. Sie wird sich ins-
besondere vergegenwärtigen, daß die Reichsparteien in aller
Form und mit tiefinnerlicher Entrüstung von der Mörder-
Gangue, die Rathenau aus dem Leben brachte, aber nicht ist, so,
daß vor allem die Deutschnationalen Volkspartei als erste
den Ausschluß sämtlicher Mitglieder verfaßt hat, die ohne
ihre Wissen sich einer staatsfeindlichen Geheimorganisation
angeschlossen haben oder haben wollten. In diesem Sinne
also können die bürgerlichen Parteien einen neuen Wahl-
gange, wenn er kommen sollte, mit voller Ruhe entgegen-
sehen.

Noch aber ist es nicht klar, ob dieses Ereignis Wirklich-
keit werden muß. Die Frage, von der die Entscheidung
darüber abhängt, ist, nachdem eine Einigung über die Ge-
treideumlage erfolgte, nur noch das Gesetz zum Schutze der
Republik. Dieses Gesetz bedingt bekanntlich wegen seiner
verfassungändernden Bedeutung bei der Abstimmung im
Reichstag eine Zweidrittelmehrheit. Und diese Zweidrittel-
mehrheit, die nur mit weitgehender Hilfe der bürgerlichen
Parteien zustande kommen kann, wird schwerlich erreicht
werden können. Wenn Zentrum, Demokraten, Sozialisten
aller Richtungen geschlossen für das Gesetz stimmen, dann
schleht zur Erreichung der nötigen Mehrheit noch immer
einige Stimmen, die von der Deutschen Volkspartei auf-
gebracht werden müßten. Es kommt nun ganz und gar auf
den Inhalt und die Formulierung dieses Gesetzes an, ob
sich ein Teil der Deutschen Volkspartei dafür entscheidet
und damit die rechtlichen Stimmen abgeben wird. Weist das
Gesetz, wie von Regierungseite versichert wurde, noch über
die augenblicklich gültigen Ausnahmeverordnungen hinaus,
enthält es eine noch stärkere Einschränkung der staatsbürger-
lichen Rechte des einen, des bürgerlichen Volksteiles, dann
ist nicht damit zu rechnen, daß auch nur ein volksparteilicher
Abgeordneter seine Stimme dafür abgeben wird. In diesem
Punkte also haben die Parteien und die Reichsregierung
das innerpolitische Schicksal Deutschlands augenblicklich noch
in der Hand und es steht zu wünschen, daß sie sich dieser
Verantwortung voll bewußt werden. Schutzes des Staates,
Schutz seiner Bürger ist notwendig und wird von allen
Seiten mit bestem Rechte gefordert. Aber es ist unbillig,
unter diesem Titel die Bewegungsfreiheit, die freie Mei-

Die Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes.

Berlin, 30. Juni. Der Reichspräsident hat zu Mis-
stücken des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik
ernannt den Senatspräsidenten beim Reichsgericht Dr.
Gagen als Vorsitzenden, den württembergischen Generalen
in Berlin Hildebrandt, die Reichstagsabgeordneten
Verbandsvorsitzenden Jädel in Berlin-Grünau, Schrift-
steller Czeleka in Berlin-Pankow, Schulenweg und Reichs-
kammer a. D. Fehrenbach, sowie die Reichsgerichtsräte
Döhn und Dr. Baumgarten.
Als Stellvertreter sind ernannt der Senatspräsident
beim Reichsgericht Dr. Schmidt, die Reichstagsabgeord-
neten Reichsminister a. D. Wiffell, Verbandsvorsitzender
Brandes in Stuttgart und Schriftleiter Joss aus
München-Grudbach, sowie der Reichsgerichtsrat Keller.
Ferner sind als Stellvertretende Mitglieder in Aussicht ge-
nommen der Universitätsprofessor van Calker und der
Reichsgerichtsrat Niebner. Von beiden ist jedoch eine
Nennung, ob sie das Amt annehmen, noch nicht ein-
gegangen. (W. T. B.)

Berlin, 30. Juni. Die in einem Teile der Presse ver-
breitete Nachricht, daß der Sitz des Staatsgerichtshofes
nach Berlin verlegt wurde, entspricht nicht den
Tatsachen. Nach der Verordnung des Reichspräsidenten ist
der Staatsgerichtshof beim Reichsgericht gebildet worden,
das nach der gesetzlichen Vorschrift seinen Sitz in Leipzig
hat. (W. T. B.)

Weitere Verhaftungen.

Der Befehl des Mordrats in Tirol festgenommen.
Berlin, 30. Juni. Amlich wird gemeldet: Der
Eigentümer des bei der Ermordung Rathenaus benutzten
Kraftwagens, der in Freiberg in Sachsen wohnhafte Fabrik-
besitzer Johann Kühnmeister, ist heute morgen in
Leh in Tirol verhaftet und in das Bezirksgericht über-
geführt worden. Die österreichischen Behörden sehen einem
Auslieferungsantrag entgegen. Kühnmeister ist Mitglied
des deutschösterreichischen Schutz- und Trutzbundes.
Berlin, 30. Juni. (Amlich.) Nach anderen
deutschen Quellen haben die Ermittlungen der Berliner
politischen Polizei auch nach Schwarz in geführt. Dort hat
durch Berliner Beamte der Sekretär des deutschösterreichischen
Schutz- und Trutzbundes vom Bezirk Medlenburg, Erich
Kade, sowie der ebenfalls im Sekretariat des deutschösterreichischen
Schutz- und Trutzbundes tätige Angehörige
Christian Ilsemann, ein früherer Seckelbeil, fest-

genommen worden. Kade und Ilsemann wurden am Tage
vor der Mordtat von den Mördern, die zu einer angeblichen
Probefahrt von Berlin nach Schwerin gefahren waren, be-
schützt. Bei diesem Besuch hat Ilsemann den Mördern die
Waffenkoffer übergeben, die am Tage darauf zur Er-
störung Rathenaus benutzt wurde. (W. T. B.)

Der Düsseldorfener Ingenieur Kauert kein Missetäter.
Berlin, 30. Juni. Der in Düsseldorf verhaftete In-
genieur, der nach Blättermeldungen der dritte der von der
Berliner Kriminalpolizei gesuchten Mörder Rathenaus,
Kauert sein soll, kommt als Missetäter am Mord nicht
in Frage. Wohl ist erwiesen, daß er einer geheimen Orga-
nisation angehört, doch sind die Ermittlungen darüber, ob
er mit dem Mord in irgendeinem Zusammenhang gebracht
werden kann, noch im Gange. Wie W. T. B. hierzu erzählt,
wird Kauert, der zunächst in Düsseldorf vernommen worden
ist, zu weiterer Vernehmung auf Ersuchen des Berliner
Polizeipräsidiums nach Berlin gebracht werden. (W. T. B.)

Die Wirkungen der Ausnahmeverordnung.

Hamburg, 30. Juni. Das „Hamburger Tageblatt“
hat plötzlich sein Erscheinen eingestellt. In der Mitteilung
der Schriftleitung an die Verlagschaft heißt es: Der Ver-
leger erklärt heute, daß er angesichts des Ausnahmengesetzes
sich außer Stande sehe, die von diesem Gesetze angeordneten
Geldstrafen bis zu 500 000 Mark in jedem ein-
zelnen Falle zu decken Da bei der nationalen Haltung des
Blattes aber mit solchen Strafen zu rechnen ist, sehe er sich
gezwungen, das Erscheinen des Blattes vorläufig ein-
zustellen und die weitere Entwicklung der Dinge ab-
zuwarten. (W. T. B.)

Hamburg, 30. Juni. Wie der amtliche preussische Pres-
sendienst mitteilt, wurde auf Grund der Verordnung des
Reichspräsidenten das „Demminer Tageblatt“ auf
vier Wochen verboten. (W. T. B.)

Auflösung des Verbandes nationalgefinnter Soldaten in Preußen.

Berlin, 30. Juni. Der Minister des Innern, Severing,
hat heute folgende Verfügung erlassen: Auf Grund der
§§ 1 und 2 der Verordnung zum Schutze der Republik vom
20. d. M. löse ich den Verband nationalgefinnter
Soldaten, e. V., mit allen Landesverbänden, Bezirks-
und Ortsgruppen, heute auf. (W. T. B.)